

PROTOKOLL ZUR 2. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 10.12.2007
Beginn: 16.45 Uhr
Ende: : 22.00 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA),
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Ursula Rodarius & Julia Florian
Teilnehmer/innen an der 1. Sitzung des Mediationsforums:
Liste siehe Anlage

Eingehaltene Tagesordnung (vgl. Vorschlag einer Tagesordnung):

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss über das Protokoll der 1. Sitzung des Mediationsforums vom 19.11.2007
4. Zuständigkeiten und Ablauf Planfeststellungsverfahren (vorgezogen)
5. Informationen: Was gibt es Neues/Berichtenswertes?
6. Arbeitsbündnis und Vereinbarung über den Umgang miteinander
7. Terminvereinbarung (vorgezogen)
8. Bildung von Arbeitskreisen

1. Eröffnung, Begrüßung

- Frau Voskamp und Herr Kessen begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums (Teilnehmerliste siehe Anhang zum Protokoll).

Folgende Personen waren aufgrund von Krankheit oder persönlichen Gründen entschuldigt:

- Frau Kayser (Oberste Denkmalschutzbehörde)
- Herr Lingenauber (Landesdenkmalamt)
- Herr Lücking (BUND)
- Herr Krauß (BUND)
- Herr Mechelhoff (Bezirksamt Neukölln, NGA)
- Herr Wilke (Reederei Starline)
- Herr Nerger (Berlin Marketing GmbH)

2. Beschluss über die Tagesordnung

Auf Vorschlag von Herrn Hildebrandt wurde der Punkt 8 „Zuständigkeiten und Ablauf Planfeststellungsverfahren“ der Tagesordnung vorgezogen als Punkt 4, nach dem Beschluss über das Protokoll der ersten Sitzung.

Frau Kalytta schlug vor, den Punkt 9.4 „Umgang mit gesicherten Bäumen“ als 1. Thema von Punkt 9 „Bearbeitung von aktuellen Themen“ (also Punkt 9.1) zu behandeln.

Es gab keine weiteren Anmerkungen und die Tagesordnung wurde mit diesen Änderungen beschlossen.

3. Beschluss über das Protokoll der 1. Sitzung des Mediationsforums vom 19.11.2007

Zunächst wurde durch Frau Voskamp geklärt, ob die Verteilung der Protokolle rechtzeitig und problemlos funktioniert hat, und somit alle Teilnehmer ein Exemplar erhalten haben. Das Protokoll lag allen vor.

Das Protokoll wurde Seite für Seite durchgesprochen. Die inhaltlichen Änderungen wurden von Frau Voskamp und Herrn Kessen notiert.

Frau Kalytta führte auf Nachfrage aus, dass Entscheidungen, die im Mediationsforum einvernehmlich beschlossen würden, auch für das Wasser- und Schifffahrtsamt bindend seien - gleichermaßen wie für alle anderen Forumsmitglieder.

In Abänderung der Ankündigung in der 1. Forumssitzung möchte das WSA in Zukunft doch mit drei Vertretern im Forum anwesend sein: Herr Augsten sollte aufgrund seiner Erfahrung und aufgrund seiner vielfältigen Kontakte in vielen Fragen rund um den Landwehrkanal als direkter Ansprechpartner nicht fehlen. Dies wurde vom Forum begrüßt.

Mit den beschlossenen Änderungen wurde das Protokoll der 1. Sitzung des Mediationsforums einvernehmlich verabschiedet. Das Protokoll wird zudem auf die Homepage www.landwehrkanal-berlin.de gestellt und allen Forumsmitgliedern per Email zugehen.

4. Zuständigkeiten und Ablauf Planfeststellungsverfahren

Zu diesem Thema wurde - wie in der ersten Forumssitzung verabredet - Frau Astrid Swieter von der Planfeststellungsbehörde bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost eingeladen, einen Vortrag über die Zuständigkeiten und den Ablauf eines Planfeststellungsverfahrens zu halten. Sie arbeitet dort seit fünf Jahren als Planfeststellungskommissarin. Im Vortrag ging sie insbesondere auf das Verhältnis Mediationsverfahren und Planfeststellungsverfahren ein. Der Vortrag liegt dem Protokoll auszugsweise als Anhang bei.

Folgende Fragen und Aspekte wurden im Anschluss an den Vortrag angesprochen und diskutiert:

Frau Enwaldt fragte nach dem Antragsteller des Planfeststellungsverfahrens. Frau

Swieter führte aus, dass im Mediationsverfahren im Idealfall eine Einigung über die durchzuführenden Maßnahmen erfolgen werde und das zuständige Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin dann einen entsprechenden Antrag stellen würde. Ein Planfeststellungsverfahren dauert insgesamt etwa eineinhalb Jahre.

Herr Bergfelder ergänzte dazu, dass ein Mediationsverfahren die Planfeststellungsbehörde nicht binden kann, sehr wohl aber den Vorhabensträger. Darüber hinaus bestehe durch das Verfahren die Chance, durch eine frühzeitige Einbeziehung von Interessen und Bedürfnissen ein qualitativ höherwertiges Ergebnis zu erreichen als über den üblichen Weg einer Antragstellung ohne Mediationsverfahren. Herr Bergfelder ergänzte, dass die Erfahrung zeige, dass gerade Verfahren, die im Vorfeld gut abgestimmt worden seien, in der Regel mit geringen bis gar keinen Veränderungen durch ein Planfeststellungsverfahren gegangen seien. Im Falle von gravierenden Abweichungen im Rahmen der Planfeststellung, sei es ohnehin notwendig, dass der Antragsteller die Unterlagen dementsprechend ändert und dann müsse auch wieder neu beteiligt werden. Dieses sichere auch die notwendige Rückkopplung vom Planfeststellungsverfahren zum Mediationsverfahren.

Herr Dohna wendete ein, dass er die fehlende rechtliche Bindung der Vorhabensträger kritisch sieht, worauf Frau Kalytta entgegnete, dass das WSA Berlin einer einvernehmlichen Entscheidung nicht zuwider handeln werde.

Herr Freise erkundigte sich, ob es möglich sei, das Planfeststellungsverfahren in mehrere Teile zu gliedern (Auswahl nach Dringlichkeit), da er sonst eine starke Beeinträchtigung der Schifffahrt während der Verfahrensdauer von eineinhalb bis zwei Jahren befürchten würde. Frau Swieter antwortete, dass eine Abschnittsbildung möglich und mitunter auch sinnvoll sei. Dieses sei aber vom Vorhabensträger abhängig, da dieser die Unterlagen entsprechend einreichen müsste. Daraufhin bekräftigte Frau Kalytta, dass ein abschnittswises Vorgehen möglich sei und es vielleicht sogar Abschnitte geben könnte, für die kein Planfeststellungsverfahren nötig sei. Sie forderte das Forum zur gemeinsamen Arbeit auf, da innerhalb des Mediationsforums u.a. Dringlichkeit und Erfordernisse für die einzelnen Bereiche zu ermitteln seien.

Auf die Frage von Herrn Dohna, ob die Möglichkeit bestünde, dass ein Planfeststellungsverfahren nach erfolgreicher Mediation gar nicht mehr nötig sei, erklärte Frau Swieter, dass dies immer auf das konkrete Vorhaben ankomme. Generell sei ein Planfeststellungsverfahren immer bei Neubau und Ausbau vorgeschrieben.

Als Frau Enwaldt kritisch nachfragte, ob die Neutralität der Planfeststellungsbehörde bei der WSD tatsächlich gegeben sei, erklärte Frau Swieter, dass sie sich selber als neutral einstufe, sie das zum jetzigen Zeitpunkt natürlich aber auch nicht beweisen könne. Darüber hinaus betonte sie, dass sie keinerlei spezielle Vorkenntnisse zum Landwehrkanal besitze, und die Sitzung nach diesem TOP auch sofort wieder verlassen werde, um nicht beeinflusst zu werden.

Auf die Frage von Herrn Appel wie die verschiedenen Belange abgewogen würden, erklärte Frau Swieter, dass zunächst alle Belange gleichrangig betrachtet und erst

später in einem zweiten Schritt gewichtet würden; d.h. dass einige Belange dann bevorzugt werden können und dass hierbei oft vor allem die Rechte Dritter stark gewertet würden. Die Abwägung der Belange des Arten- und Naturschutzes erfolgt innerhalb der gesetzlichen Regelungen.

Daraufhin bedankte sich Herr Kessen bei Frau Swieter für ihren Vortrag und die anschließenden weiteren Informationen. Die Sitzung wurde für die erste Pause unterbrochen und Frau Swieter verließ das Forum.

5. Informationen: Was gibt es Neues/Berichtenswertes?

Zunächst verlas Herr Hildebrandt ein Grußwort von Herrn Klingen vom BMVBS, das im Anhang des Protokolls zu finden ist.

Folgende Reaktionen wurden auf das Grußwort hin geäußert:

Frau Enwaldt kritisierte erneut, dass kein Vertreter des BMVBS am Mediationsforum teilnehme, da so nach wie vor die Sorge bestünde, dass die Vereinbarungen des Forums von höherer Stelle ausgehebelt werden könnten. Herr Hildebrandt betonte daraufhin, dass sämtliche Beschlüsse und Entscheidungen im Forum unmittelbar mit dem Ministerium rückgekoppelt würden. Frau Enwaldt schlug vor, vielleicht später einen Vertreter des Verkehrsministeriums hinzuzuziehen. Hierauf unterstützte Herr Dohna die Aussage von Herrn Hildebrandt indem er meinte, dass das Prinzip der Rückkopplung ausreichend sei - die Ergebnisse würden nach außen getragen und seien somit öffentlichkeitswirksam. Er unterstrich mit Nachdruck, dass ein notwendiges Vertrauen erst wieder aufgebaut und erreicht werden müsse.

Herr Sahner informierte, dass die Oberschleuse ab Januar oder Februar 2008 wieder geschlossen sei, was voraussichtlich zu Schwierigkeiten für die Schifffahrt führen werde.

Herr Appel bemerkte, dass das Wasser- und Schifffahrtsamt auf seiner Internetseite auf Pflegearbeiten in Charlottenburg aufmerksam mache, allerdings Informationen über die Pflegemaßnahmen im Bezirk Kreuzberg fehlten. Daraufhin entgegnete Frau Kalepky, dass diese Informationen noch in Bearbeitung seien und nachgereicht würden.

Auf die Frage von Frau Kleimeier, was mit dem Bewuchs in den Ufermauer geschehen werde, erklärte das WSA, dass die Durchführung von Pflegemaßnahmen vorgesehen sei; zuvor finde eine wasserseitige Befahrung des Kanals statt mit dem Außenbezirksleiter Herrn Augsten; interessierte Forumsmitglieder seien eingeladen an dieser Fahrt teilzunehmen. Organisiert wird dieser Termin durch Herrn Augsten (Telefonnummer von Herrn Augsten s. Protokoll der 1. Forumssitzung), der hierüber in Kürze genauer informieren wird.

Bei allen Fragen zu Totholzentfernung oder Lichtraumprofilschnitten sollten sich Interessierte ebenfalls an Herrn Augsten wenden. Bei der nächsten Forumssitzung wird er wieder persönlich für Fragen zur Verfügung stehen.

Als nächstes wurde das Thema Sitzungsgelder für Privatleute angesprochen. Herr Hildebrandt berichtete, dass er das Anliegen von einzelnen Mitgliedern des Forums, wonach Sitzungs- oder Ausfallsgelder sowie die Kosten für rechtliche Beratung vom

WSA übernommen werden sollten, im Ministerium vorgetragen habe, es dort indes abschlägig beschieden worden sei. Außerdem seien auch Kosten für externe Gegengutachten nicht durch die Bundeshaushaltskasse gedeckt und könnten also nicht vom Wasser- und Schifffahrtsamt getragen werden.

Daraufhin entgegnete Herr Ginsberg, dass die Zahlung von Ausfallgeldern und Babysittern eigentlich gängige Praxis sei, da sonst beispielsweise Selbständige benachteiligt seien. Frau Mangold wies auf die Schwierigkeit hin, hier eine gerechte Verteilung zu erreichen, da z.B. von der Problematik der Versorgung kleinerer Kinder während der Sitzungszeiten viele im Forum betroffen seien. Herr Hildebrandt bat um Beispiele aus Kommunen, in denen diese Gelder an Privatpersonen gezahlt wurden, und betonte nochmals, dass er keine Zusage vom Ministerium bekommen würde, derartige Kosten zu übernehmen. Daraufhin wurde von Herrn Heitmann das Beispiel der Stadt Zwickau genannt, deren Stadtrat einen Beschluss gefasst habe, Sitzungsgelder an Privatpersonen zu zahlen. Dem wurde von Mitgliedern des Forums entgegengehalten, dass dieses Beispiel nicht auf die vorliegende Situation übertragen werden könne, da dort ein Stadtratsbeschluss vorgelegen hätte. Bis zum heutigen Zeitpunkt seien auf Bundesebene noch keine Sitzungsgelder an Privatpersonen bezahlt worden.

Herr Ginsberg schlug im Folgenden vor, dass das Forum gemeinsam eine Aufforderung an das Ministerium formulieren sollte, entsprechende Sitzungsgelder und Ausfallzahlungen zu leisten. Darüber konnte im Forum kein Konsens erzielt werden. Frau Fortwengel brachte zusätzlich den Vorschlag ein, mögliche Zahlungen in Sitzungsgelder und Gutachtengelder zu splitten. Herr Heitmann wies auf die Lokale Agenda und die Leipziger Charta hin, wonach das politische Engagement von Bürgern ausdrücklich gefordert ist. Mehrere Teilnehmer/innen des Forums schlugen vor, dass Herr Ginsberg und Herr Heitmann sowohl Beispiele für solche Zahlungen als auch entsprechende Argumente sammeln sollten, um anschließend einen Brief an das Ministerium zu richten. Darüber hinaus wurde beschlossen, zu diesem Thema einen Arbeitskreis einzurichten.

Frau Riemer hat - wie in der ersten Forumssitzung zugesagt - eine Liste von 48 zu beteiligenden Trägern Öffentlicher Belange erstellt, die im Falle eines Planfeststellungsverfahrens zu beteiligen seien. Die Liste findet sich im Anhang zum Protokoll.

Anschließend berichtete das Mediationsteam von dem Dialogangebot, welches auf Wunsch des Mediationsforums an die Vertreter/innen politischer Parteien ging: An die Fraktionsvorsitzenden der in den Bezirksverordneten-Versammlungen (BVVen) der fünf betroffenen Bezirke sowie an die Fraktionsvorsitzenden der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen, an zwei Bundestagsabgeordnete sowie an einzelne Vertreter/innen politischer Parteien, die sich bei den Mediatoren gemeldet haben, ist eine Einladung zu einem Gesprächstermin zum Mediationsverfahren „Zukunft Landwehrkanal“ seitens der Mediatoren ausgesprochen worden, in dem vor allem geklärt werden sollte, wie die Einbindung von Vertreter/innen der politischen Parteien in die Mediation aussehen könnte. Dieses Treffen fand am 4. Dezember 2007 im Gläsernen Büro von 11.00 - 13.00 Uhr statt. Insgesamt folgten sieben Personen dieser Einladung. Die Mediatoren berichteten, dass einige Vertreter/innen politischer Parteien ihre Absage damit

begründeten, dass ihnen ein Termin nach 17 Uhr besser möglich sei. Einen solchen Folgetermin, zu dem auch die bereits beim ersten Treffen anwesenden Personen erneut eingeladen werden, haben die Mediatoren in Aussicht gestellt. Dafür gebe es allerdings noch keinen konkreten Termin. Dieser wird auf jeden Fall im neuen Jahr liegen.

Insgesamt bekräftigten die politischen Vertreter/innen bei diesem Termin ihr starkes Bedürfnis nach Information und Transparenz. Herr Kessen schlug vor, dass einige Mitglieder des Mediationsforums bei diesem nächsten Termin dabei sein sollten, um über die Arbeit im Forum zu berichten. Zu diesem Zwecke wird die Terminierung dem Forum frühzeitig bekannt gegeben.

Zahlreiche Mitglieder des Forums sahen keine Notwendigkeit für einen Extra-Informationstermin für die Vertreter/innen der politischen Parteien, da diese jede Möglichkeit hätten, sich vor Ort und an anderen Stellen über das Verfahren und den Stand der Dinge zu informieren und es auch deren Aufgabe sei, dieses zu tun.

Dennoch sollte dieser zweite avisierte Termin mit den Mediatoren stattfinden.

Darüber hinaus sollte eine größere und öffentliche (Informations-)Veranstaltung dann wieder stattfinden, wenn es inhaltlich etwas zu berichten gebe.

Nahezu das gesamte Forum sprach sich - zum Teil vehement - gegen eine Beteiligung von Politiker/innen im Forum aus. Eine Seite betonte auch die Bedeutung, die politischen Parteien bei der Durchsetzung von späteren Vereinbarungen des Forums beizumessen sei.

6. Arbeitsbündnis und Vereinbarung über den Umgang miteinander

Um einen Beschluss zum Arbeitsbündnis herbei zu führen wurde zuerst geklärt, ob allen Anwesenden der Entwurf zum Arbeitsbündnis vorliegt. Dem war so und es konnten Kritikpunkte und Änderungsvorschläge genannt werden.

Punkt 1.1: Herr Scharz forderte, dass die Verbindlichkeit der Aussagen des WSA explizit festgehalten werden sollte, woraufhin Frau Kalytta entgegnete, dass diese Verbindlichkeit für alle beteiligten Personen, Gruppen und Institutionen im Forum gleichermaßen gültig wäre.

Punkt 1.2 und 1.3: Bei diesen beiden Punkten machte Frau Kalytta den Vorschlag, die aus ihrer Sicht komplizierten Formulierungen aufzulösen und die beiden Punkte zusammen zu führen. Dies führte zu einer Diskussion darüber, wie bei „Gefahr in Verzug“ gehandelt werden sollte. Frau Kalytta differenzierte zwischen dringenden Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, bei denen das Forum nicht vor Maßnahmenbeginn sondern erst nachträglich informiert werden könne, und Maßnahmen, bei denen eine vorherige Abstimmung im Forum möglich sei. Mit Hinweis auf die Erfahrungen in der Vergangenheit bemängelten einige Vertreter aus der BI und von den Anwohner/innen, dass aus ihrer Sicht des öfteren nach dem Motto „Gefahr in Verzug“ von Seiten des WSA gehandelt worden wäre, dieses aber gar nicht zwingend gewesen wäre. Dementsprechend machte Frau Enwaldt den Vorschlag, beispielsweise aus Forumsmitgliedern eine kleine Gruppe einzurichten, die in Fällen einer dringenden unvorhergesehenen Maßnahme informiert würde, um bei der Entscheidung zu helfen, wie weiter vorgegangen werden könne. Frau Kalytta äußerte, diesem Vorgehen zustimmen zu können, mit der Einschränkung, dass dies nur funktioniere, wenn tatsächlich die Zeit hierfür bliebe. Sie verwies nochmals

darauf, dass letztlich sie für Versäumnisse haftbar gemacht würde. Herr Bergfelder schlug vor, diesbezüglich das zukünftige Verhalten des WSA abzuwarten, um zu sehen, ob das in das WSA gesetzte Vertrauen gerechtfertigt sei.

Herr Dohna betonte an dieser Stelle, dass die vorgeschlagene Formulierung für das Arbeitsbündnis noch nicht das konkrete Vorgehen zu dieser Frage benennen würde; sie beinhalte lediglich, dass die noch zu findende Vereinbarung - beispielsweise über den Umgang miteinander bei „Gefahr im Verzug“ - dann von allen eingehalten und getragen würde. Angesichts dieser Klarstellung bestand sowohl Konsens darüber, diesen Abschnitt im Arbeitsbündnis im Wesentlichen so zu belassen, als auch darüber, einen Arbeitskreis zu diesem Thema einzurichten.

Ferner regte Frau Kalytta an, im Arbeitsbündnis einen Termin festzulegen, an dem eine Zwischenbilanz über die Mediation gezogen wird und geschaut werden kann, wie und mit welchen Zielen es weitergehen könnte. Herr Dohna sprach sich dagegen aus, da jedem die Endlichkeit des Verfahrens klar sein sollte und das weitere Vorgehen ohnehin immer wieder auf dem Prüfstand stehen würde. Darüber hinaus plädierte er dafür, dass in der Vereinbarung zum Umgang miteinander nicht zu viele Punkte stehen sollten, die das Forum eher belasten und einschränken würden.

Anschließend wurde der Punkt 8.1 „Information der Presse“ diskutiert. Herr Kessen stellte zwei Möglichkeiten der Handhabung vor: erstens, die Presse nur nach Abstimmung im Forum zu informieren und zweitens, eine Weitergabe der Informationen erfolge jeweils nach bestem Wissen und Gewissen der einzelnen Teilnehmer/innen des Forums, wobei sich jeder der Verantwortung hinsichtlich der gemeinsamen Arbeit im Forum bewusst sein sollte. Herr Appel wies darauf hin, dass es für die BI wichtig sei, ihre Mitglieder und alle Anwohner/innen gut und zeitnah zu informieren, sei es durch die Homepage oder den Newsletter der Bürgerinitiative.

Das Forum vereinbarte, dass die Presse und die Öffentlichkeit von den einzelnen Forumsmitgliedern eigenständig nach bestem Wissen und Gewissen informiert werden könne, das Forum jedoch über besondere Pressetermine und -informationen sich zuvor jeweils gemeinsam abstimmen sollte.

Hiermit wurde das Arbeitsbündnis einvernehmlich beschlossen.

7. Terminvereinbarung

Für die nächsten Mediationsforumssitzungen wurden folgende Termine vereinbart:

Montag, 21.01.2008, 16.30 - 21.30 Uhr

Montag, 18.02.2008, 16.30 - 21.30 Uhr

Montag, 10.03.2008, 16.30 - 21.30 Uhr

Von den Mediatoren wird noch geklärt werden, ob die Sitzungen wieder im WSA oder an einem anderen Veranstaltungsort abgehalten werden.

Hiermit wurden die Termine ohne Einwände beschlossen.

8. Bildung von Arbeitskreisen

Die Koordination und Betreuung der Arbeitskreise wird durch die Mediatoren erfolgen.

Die im Folgenden aufgelisteten Arbeitskreise wurden vom Forum einvernehmlich beschlossen. Die personelle Besetzung der Arbeitskreise sollte möglichst so gestaltet sein, dass die wesentlichen Interessen jeweils vertreten sind. In den Arbeitskreisen sitzen jeweils Vertreter/innen der im Forum vertretenen Gruppen und Institutionen. Es müssen jedoch nicht die gleichen Personen sein, die im Forum anwesend sind. Weitere Personen aus nicht im Forum vertretenen Gruppen oder Institutionen können zu speziellen Fragen durch Beschluss des jeweiligen Arbeitskreises hinzugezogen werden. Weitere Arbeitskreise werden zu einem späteren Zeitpunkt durch das Mediationsforum beschlossen, als Themenanregung dient die Mindmap der öffentlichen Veranstaltung vom 29.09.2007.

1. Arbeitskreis „Naturhaushalt und Landschaftsbild“

- Van Loon
- WSA Berlin
- Frau Kielhorn (NABU)
- Frau Roterberg-Alema (Bezirksamt Treptow-Köpenick)
- Frau Mangold (Senat von Berlin)
- Herr Joswig (Berliner Wasserbetriebe)
- Herr Barsig (Gutachter)
- Frau Dorbert (BI „Bäume am Landwehrkanal“, Bundesanstalt für Gewässerkunde)
- Herr Appel (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Herr Ginsberg (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Herr Rehfeld-Klein (Senat von Berlin)
- Frau Kleimeier (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Frau Fortwengel (Anwohnerin)

2. Arbeitskreis „Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen“

- „Gefahr im Verzug“
- Umgang mit gesicherten Bäumen
- Informationswege
- Wolfgang Leder (Bezirksamt Mitte)
- WSA Berlin
- Ingo Gersbeck (Reederverband der Berliner Personenschiffahrt)
- Eva Yeboah (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Wiebke Enwaldt (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Anuschka Guttzeit (Anwohnerin, BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Herr Scharz (Bürgerversammlung AG Landwehrkanal)
- Herr Grondke (Stern und Kreis Schiffahrt GmbH)

3. Arbeitskreis „Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft“

- WSA Berlin
- Reederei Riedel
- Reederei Van Loon
- Herr Brückmann (IHK)
- Herr Scharz (Bürgerversammlung AG Landwehrkanal)
- Herr Schael (Grüne Liga)

- Herr Heitmann (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Herr Paulus (?)
- Herr Meyer (?)
- Herr Ginsberg (Bürgerinitiative „Bäume am Landwehrkanal“)
- Herr Grondke (Bundesverband Binnenschifffahrt e.V.)
- Herr Hiller (Wirtschaftsverband Wassersport e.V. Berlin)
- Frau Enwaldt (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Frau Yeboah (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Herr Appel (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Herr Heß (SpreeCab GmbH)
- Frau Dorbert (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Frau Kleimeier (BI „Bäume am Landwehrkanal“)

4. Arbeitskreis „Aufwandsentschädigung/finanzieller Ausgleich für Bürger/innen“:

- Oliver Ginsberg (BI „Bäume am Landwehrkanal“)
- Bernd Heitmann (BI „Bäume am Landwehrkanal“)

Mit dem Eintragen der Teilnehmer/innen in die einzelnen Arbeitskreise endete die zweite Forumssitzung.